

von angeblich geheimen Informationen an den AFP-Korrespondenten MacDonald muß im Zusammenhang mit den Studentendemonstrationen und dem Kampf gegen die sog. "bürgerliche Liberalisierung" gesehen werden. (Siehe die Übersicht "AFP-Korrespondent ausgewiesen und chinesischer Student wegen Geheimnisverrats verhaftet".) -sch-

\* (11)

**Ende der Studentendemonstrationen**  
Nachdem die Parteipresse den Forderungen der Studenten nach mehr Demokratie und Freiheit eine klare Absage erteilt und die Intellektuellen mit einer neuerlichen Kritikwelle an "bürgerlichen Liberalisierungstendenzen" eingeschüchtert hatte, gingen die Studentendemonstrationen Anfang Januar 1987 zu Ende. Ende Dezember 1986 hatten die Behörden in einer Reihe von Großstädten Demonstrationsbestimmungen erlassen, denen zufolge jede Demonstration vorher angemeldet und genehmigt werden muß. -sch-

\* (12)

**Kampf gegen "bürgerliche Liberalisierung" im Mittelpunkt**  
Im Januar 1987 war das alles beherrschende Thema der Parteipresse der Kampf gegen die sog. "bürgerliche Liberalisierung". Er ist die Antwort der orthodoxen Marxisten-Leninisten und politisch konservativer Reformkräfte auf die teilweise sehr weitgehenden Forderungen während der politischen Reformdiskussion in der zweiten Jahreshälfte 1986 und während der Studentendemonstrationen im Dezember 1986. Besonders betont wurde die Notwendigkeit des Festhaltens an den "Vier grundlegenden Prinzipien", vor allem jedoch an der alleinigen Führung durch die KPCh. Die Wucht der Kritik der orthodoxen Kräfte war so stark, daß ZK-Generalsekretär Hu Yaobang von seinem Amt abgelöst wurde - ihm wurde vorgeworfen, nicht nur zu wenig gegen bürgerliche Liberalisierungstendenzen vorgegangen zu sein, sondern diese sogar noch begünstigt zu haben. Zusammen mit Hu wurde auch der bisherige Propagandachef Zhu Houze abgelöst. Als negative Beispiele und Zielscheiben der Kritik am bürgerlichen Liberalismus wurden drei prominente und beliebte Intellektuelle ausgesucht und aus der KPCh ausgeschlossen: der Shanghaier Schriftsteller Wang

Ruowang, der Astrophysiker Fang Lizhi und der Schriftsteller und Reporter der VOLKSZEITUNG Liu Binyan.

Der neue "amtierende" ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang betonte jedoch in einer Rede zum traditionellen chinesischen Neujahrsfest am 29. Januar 1987, daß der Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung strikt auf die Kommunistische Partei begrenzt und hauptsächlich im politischen und ideologischen Bereich geführt werden müsse. In der Landwirtschaft werde es, so versicherte Zhao, keinen Kampf gegen bürgerliche Liberalisierungstendenzen geben. In den Industriebetrieben und staatlichen Institutionen werde man lediglich eine "Erziehung anhand positiver Beispiele" durchführen. Zhao versuchte, den nun wieder einmal zutiefst verunsicherten Intellektuellen die Angst vor einer neuerlichen politischen Bewegung zu nehmen, indem er erklärte: "Bei der Erziehung zur Bekämpfung der bürgerlichen Liberalisierung wird unsere Partei die falschen 'linken' Handlungsweisen nicht wiederholen und sie auch keineswegs zulassen. Daher wird der Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung in keinem Fall zu irgendeiner politischen Kampagne führen." (RMRB, 30.1.87) -sch-

\* (13)

#### **Einführung von Krankenversicherungen**

In China werden versuchsweise an verschiedenen Orten Krankenversicherungen eingeführt, die es in umfassender Form bisher nicht gibt. Auch im Gesundheitswesen sind offenbar Preissteigerungen zu verzeichnen. Sie belasten nicht nur den einzelnen Patienten, sondern führen auch die Krankenhäuser ins Defizit. Um hier Abhilfe zu schaffen, wird jetzt mit verschiedenen Modellen experimentiert. Hauptzielgruppe für eine Krankenversicherung sollen zunächst Kinder und schwangere Frauen auf dem Lande sein (in den Städten gibt es in der Regel eine betriebliche Gesundheitsfürsorge). In der Provinz Hebei beispielsweise sind in 81 von insgesamt 86 Kreisen 90 Prozent aller Kinder von ihren Familien versichert worden. Die Versicherung wird von Landärzten angeboten, um die Kinder durch Impfungen vor ansteckenden Krankheiten zu schützen. In der Provinz Gansu deckt die neueingeführte Krankenversicherung bei einer einmaligen Prämie von 10 Yuan für eine jung-

verheiratete Frau die Behandlungen vor und nach der Geburt sowie alle Impfungen für Kinder bis zum Alter von sieben Jahren ab. In einigen Gegenden werden die Versicherungsprämien von den örtlichen Behörden, Dorfkomitees oder Betrieben subventioniert, wobei die Versicherung jedoch immer von den Einzelpersonen gezahlt werden muß. Die Versicherung deckt vielfach die Arztkosten ab, Krankenhauskosten jedoch nur zur Hälfte. In der Stadt Chongqing bieten 19 Krankenhäuser Versicherungspolice für Schwangere und Neugeborene an. Das Fazit der "Gesundheitsnachrichten" lautet: "Die Krankenversicherung trägt dazu bei, den Staat, die Kollektive und den einzelnen finanziell zu entlasten und hat gute Aussichten, weiterentwickelt zu werden." (XNA, 9.1.87).

Die Beispiele zeigen, daß das System bisher noch sehr rudimentär ist. Immerhin ist ein Anfang getan, und zwar dort, wo es am dringendsten ist, nämlich auf dem Lande. -st-

## **Kultur**

\* (14)

#### **Präsident und Vizepräsident der Wissenschaftlich-Technischen Universität entlassen**

Die Studentendemonstrationen vom Dezember 1986/Januar 1987 haben zu ersten personellen Konsequenzen im Wissenschaftsbereich geführt. Guan Weiyan und Fang Lizhi wurden ihres Postens als Präsident bzw. Vizepräsident der prestigereichen Wissenschaftlich-Technischen Universität in Hefei (Anhui) enthoben. Die 1958 gegründete und seit 1970 in Hefei angesiedelte Universität, eine direkt der Zentrale unterstehende Schwerpunkthochschule, gilt als eine der angesehensten Hochschulen und Forschungsstätten für Naturwissenschaften in China. Erst im September 1986 hatte der Staatsrat Sondermittel für den Ausbau der Universität zu einer der führenden wissenschaftlich-technischen Ausbildungsstätten der Welt bereitgestellt, ein Projekt, das bis 1990 verwirklicht werden soll (XNA, 22.9.86). Der Beschluß über die Ablösung der beiden Wissenschaftler wurde am 12.1.1987 vom ZK und Staatsrat gefaßt (s. RMRB, 13.1.87). Nachfolger auf dem Posten des Universitätspräsidenten wurde Professor Teng Teng (56), zuvor Vizepräsident der Qinghua-Universität, Vizevorsitzender der Staatlichen Kommission für

Wissenschaft und Technik und stellvertretender Chef der Propagandaabteilung des ZK. Außerdem wurde bekannt gegeben, daß die stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Erziehungskommission Peng Peiyun zugleich das Amt der Parteisekretärin an der Wissenschaftlich-Technischen Universität übernimmt. Die beiden entlassenen Wissenschaftler wurden jedoch nicht arbeitslos: Guan Weiyan wurde als wissenschaftlicher Mitarbeiter an das Physikalische Institut der Akademie der Wissenschaften und Fang Lizhi an das Beijinger Observatorium versetzt.

Die Vorwürfe der Parteiführung richten sich hauptsächlich gegen Fang Lizhi. Er wird beschuldigt, die vier grundlegenden Prinzipien abgelehnt, bürgerliche Liberalisierungsideen verkündet und durch sein Verhalten die Studenten zum Demonstrieren verleitet zu haben. Guan Weiyan wird lediglich Vernachlässigung seiner Amtspflichten vorgeworfen, weil er tatenlos zugeesehen habe, nicht gegen Fang eingeschritten sei und unter seiner Führung die ideologisch-politische Arbeit an der Universität geschwächt worden sei.

Tatsächlich war die Wissenschaftlich-Technische Universität in Hefei eine der ersten, an denen es Anfang Dezember zu Studentenunruhen kam. Anläßlich der Wahlen der untersten Stufe der Volksvertreter an der Universität drückten die Studenten ihre Unzufriedenheit darüber aus, daß sie keinen Einfluß auf die Kandidatenaufstellung gehabt hatten. Auf einer Wahlversammlung am Abend des 4. Dezember forderten sie freie Wahlen, und einige riefen zu Demonstrationen auf. In dieser Lage soll Fang Lizhi angeblich gesagt haben: "Wir sollten für Demokratie kämpfen und nicht warten, bis sie uns von oben geschenkt wird." Am nächsten Tag gingen etwa 3.000 Studenten der Wissenschaftlich-Technischen Universität und anderer Hochschulen in Hefei auf die Straße und protestierten "gegen die Bürokratie und Autokratie". Diese Demonstration soll nach offizieller Darstellung der Auslöser für die Studentenunruhen in über zwanzig weiteren Städten gewesen sein (Zhongguo Xinwen She, Hongkong, chin., 13.1.87, nach SWB, 21.1.87), was allerdings nicht erwiesen ist, weil es Hinweise gibt, daß es zu diesem Zeitpunkt bereits an anderen Hochschulen auch gäbe.

Die Ursachen für die Studentenunruhen liegen nach Auffassung der Parteiführung jedoch tiefer, darin nämlich, daß man die ungehinderte Verbreitung bürgerlicher Liberalisierungsgedanken in den ganzen letzten Jahren zugelassen habe. Dieser Zusammenhang wird auch in dem Leitartikel der Volkszeitung vom 6. Januar 1987 unter dem Titel "Einen klaren Standpunkt im Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung einnehmen" gesehen. Der Artikel, der angeblich die Ansichten Deng Xiaopings zu den Studentenunruhen wiedergibt (Wenhui Bao, Hongkong, 7.1.87, nach SWB, 9.1.87), kritisiert die lasche Haltung gegenüber bürgerlichen Liberalisierungstendenzen und ruft zum entschlossenen Kampf gegen dieses Gedankengut und zum Festhalten an den vier grundlegenden Prinzipien auf.

Erstes prominentes Opfer des Kampfes gegen die bürgerliche Liberalisierung wurde Fang Lizhi. Er verlor nicht nur sein angesehenes Vizepräsidentenamt, sondern wurde wenige Tage später aufgrund eines Beschlusses der Disziplin-Kontrollkommission des Parteikomitees der Provinz Anhui auch aus der Partei ausgeschlossen (RMRB, 20.1.87). Die Gründe für den Parteiausschluß wurden in der Presse (ebd.) ausführlich genannt und mit wörtlichen Zitaten Fang Lizhis "belegt". Insgesamt werden fünf Gründe angeführt:

1. Fang habe verkündet, der Marxismus sei überholt, und habe die führende Rolle des Marxismus geleugnet. Zur Untermauerung dieses Vorwurfs werden die folgenden Zitate aus dem Munde Fang Lizhis gebracht: "Als Wissenschaft hat der Marxismus seine historische Mission bereits erfüllt, jetzt müssen wir eine neue Wahrheit suchen." "Ich war immer dagegen, daß die marxistische Philosophie die Wissenschaft leiten soll." "Dieses sogenannte Leitprinzip konnte nur zu falschen Ergebnissen führen und hat niemals richtigen Erfolg gehabt." "Was unser Land angeht, so beinhaltet die sogenannte Leitung durch den Marxismus im wesentlichen die Leitung durch die Führung, das ist in Wahrheit die Leitung durch die Regierung, die Leitung durch die jeweiligen Machthaber oder durch die Partei. Dies brauchen wir nicht."

2. Fang habe das sozialistische System abgelehnt, die "vollständige Verwestlichung" gefordert und den

kapitalistischen Weg gehen wollen. Die entsprechenden Zitate lauten: "Vom sozialistischen System aus betrachtet, ist meinem Empfinden nach alles, was wir in den letzten dreißig Jahren getan haben, ein Fehlschlag." "Der orthodoxe Sozialismus von Marx und Lenin über Stalin und Mao Zedong bis zu dem, was er heute ist, ist gescheitert." "In Wirklichkeit verabscheuen wir jetzt diese Dinge, die wir in den letzten dreißig Jahren vollbracht haben. ... Es gibt nur sehr wenig gute Dinge, die wir in den dreißig Jahren vollbracht haben." Er befürworte eine "Öffnung in alle Richtungen, mit anderen Worten eine vollständige Verwestlichung", und zwar auf den Gebieten "Wissenschaft, Technik, Kultur, Politik, Wirtschaft, Bewußtseinsformen und Moral", ja sogar "einschließlich unseres politischen Systems und Eigentumssystems." Ferner habe er das sozialistische System Chinas als "modernen Feudalismus" und als "Feudalismus unter dem Etikett des Nationalismus und unter dem Banner der Nation, der im Grunde eine Diktatur und ein System der zentralisierten Staatsmacht ist", bezeichnet.

3. Fang habe öffentlich gefordert, "die Partei zu verändern", und habe die Führungsrolle der Partei abgelehnt. Dazu habe er folgendes verlauten lassen: "Eine ganz große Besonderheit der chinesischen Feudalherrschaft war meiner Meinung nach, daß das sogenannte Machtzentrum und das moralische Zentrum ein und dasselbe waren. So ist es heute bei der Kommunistischen Partei der Fall." "Die Partei ist gegenwärtig schwarz. ... Ich fordere offiziell, die Partei zu ändern."

4. Fang habe die Meinung vertreten, die Hochschulen müßten die Führung durch die Partei abtun, und habe sich für die "vollständige Unabhängigkeit" der Hochschulen eingesetzt. Überdies habe er Zwietracht zwischen die Intellektuellen auf der einen und Partei und Regierung auf der anderen Seite gesät. Folgende Zitate sollen dies belegen: "Die Beziehung zwischen Hochschule und Regierung beschränkt sich darauf, Geld zu fordern." "Die Regierung muß dem Hochschulpräsidenten Geld geben, darüber hinaus soll sie sich am besten nicht einmischen." "Die Hochschulen sind völlig unabhängig", "sie sollten unabhängig von der Regierung sein und zu Zentren unabhängiger Gedanken werden", "dann kann es hier auch keinen

Führer von außen oder über der Hochschule stehenden Führer geben." "Die chinesischen Intellektuellen haben noch nicht begriffen, daß sie eine unabhängige Macht sein sollten, eine Führungsmacht. Solange dieser Schritt nicht getan ist, sind sie ein Anhängsel, feudalistisch." "Wenn die Intellektuellen keine unabhängige Macht bilden, können die Reformen in China keinen Erfolg haben."

5. Fang habe bürgerliche "Demokratie" und "Freiheit" gefordert, die Studenten zu Unruhen verleitet und damit die politische Lage der Stabilität und Einheit zerstört. Dazu werden folgende Zitate gebracht: "Die Studenten der Wissenschaftlich-Technischen Universität sind nicht aktiv genug, wieso habt Ihr nie eine Spur von 'Trouble' gemacht?" Er habe die Studenten aufgerufen, "fortschrittliche Kräfte der Demokratisierung zu sein" und "der Gesellschaft einen Schlag zu versetzen." "Einige Dinge sind außen hart und innen hohl, sie haben nicht viel Kraft. Wenn Ihr sie schlagt, dann ist das auch nichts Außergewöhnliches." "Ihr braucht nur einmal anzutippen, und der Einfluß wird sehr groß sein." "Eine kleine Aktion, und das ganze Land ist äußerst nervös." Beim Kampf um die Demokratie "sind alle Mittel erlaubt, ... natürlich auch radikale." Sodann wird auf den 4. Dezember verwiesen (vgl. oben), als es bei einem Teil der Studenten der Wissenschaftlich-Technischen Universität gürte und Fang gesagt haben soll: "Die Demokratie wird nicht von oben nach unten verliehen, es hängt vom eigenen Kampf ab, ob sie erreicht wird." Am nächsten Tag sei es dann zu den Demonstrationen gekommen.

In Anbetracht dieses Tatbestandes, so heißt es in dem Beschluß über den Parteiausschluß, habe Fang Lizhi alle Voraussetzungen für eine Parteimitgliedschaft verloren. Er habe die Parteisatzung sowie die "Regeln für das politische Leben innerhalb der Partei" außer acht gelassen und auch die wiederholte Kritik seiner Parteiorganisation nicht angenommen.

So weit die offiziellen Anschuldigungen gegen Fang Lizhi.

Der Astrophysiker Fang Lizhi, Jahrgang 1936, ist ein international anerkannter Wissenschaftler. Er studierte in den fünfziger Jahren an der Beijing-Universität Physik, war nach seinem Abschluß kurz an

der Akademie der Wissenschaften tätig und kam dann an die Wissenschaftlich-Technische Universität. 1958 wurde er als Rechtsabweichler kritisiert, und in der Kulturrevolution mußte er körperliche Arbeit auf dem Lande tun. Seit 1972 konnte er sich wieder seiner wissenschaftlichen Arbeit widmen. 1984 wurde er erster Vizepräsident der Wissenschaftlich-Technischen Universität. Diverse Auslandsreisen führten ihn u.a. in die Bundesrepublik, nach Italien, Großbritannien und Japan zur Teilnahme an internationalen Kongressen, zu Vortragsreisen oder Forschungsaufenthalten.

Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit hat sich Fang Lizhi in den letzten Jahren aktiv für den Wandel der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in China und für die Verwirklichung der Reformpolitik in allen gesellschaftlichen Bereichen eingesetzt. Er verlangt vom Wissenschaftler über die Forschung hinaus ein hohes Maß an gesellschaftlicher Verantwortung. Er selbst ist dieser Verantwortung niemals ausgewichen und betrachtet in dieser Hinsicht Einstein als Vorbild. Bei den Studenten war er weit über die Grenzen seiner eigenen Universität hinaus überaus beliebt und galt als eine Art Leitfigur (vgl. Interview mit Fang in Jiushi Niandai, 1987/2, S.55-57).

Sein Engagement für den gesellschaftlichen Fortschritt hat Fang nun zum Opfer des jüngsten Kampfes gegen die bürgerliche Liberalisierung werden lassen. Seinen Posten als Universitäts-Vizepräsident dürften ihn vor allem die beiden letzten der obengenannten Anschuldigungen gekostet haben: seine Vorstellungen zur Universitätsverwaltung sowie seine Forderung nach mehr Demokratie und Freiheit, für die er auch unter den Studenten warb.

Was die Verwaltung der Hochschulen angeht, so ist während Fangs Amtszeit an der Wissenschaftlich-Technischen Universität eine weitgehende akademische Selbstverwaltung unter den Vorzeichen Demokratie (insbesondere Gewaltenteilung) und freie Meinungsäußerung eingeführt worden. Noch im Oktober und November 1986 wurde die Wissenschaftlich-Technische Universität in der Volkszeitung als Schrittmacher und Vorbild einer demokratischen Hochschulverwaltung hingestellt (vgl. RMRB, 22.,

26., 31.10. und 4., 14.11.86; vgl. Interview mit Fang in Zhengming 1987/2, S.34-38). Schon damals scheint es allerdings Kritik von orthodoxer Seite gegeben zu haben, denn die Volkszeitung betont ausdrücklich, daß die Demokratisierung an besagter Universität nicht Ausdruck westlicher Liberalisierung sei, sondern durchaus in Einklang mit dem ZK-Beschluß über die "Leitprinzipien beim Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation" (September 1986) stünde (vgl. RMRB, 22.10.86). Inzwischen hat sich innerhalb der Partei das Gewicht so sehr zugunsten der Orthodoxen verlagert, daß es heute wohl niemand wagen würde, die Wissenschaftlich-Technische Universität in bezug auf ihre Verwaltung als Vorbild hinzustellen.

Die Forderung nach Demokratie und Freiheit hat Fang immer wieder in aller Öffentlichkeit erhoben. Da er zutiefst davon überzeugt ist, daß die Wissenschaftler wie die Intellektuellen überhaupt ein ausgeprägtes Verantwortungsbewußtsein für die Gesellschaft haben und für den gesellschaftlichen Fortschritt kämpfen müssen, ist es nur folgerichtig, daß er seine Ansichten auch vor den Studenten verkündete. Immer wieder appellierte er an sie, sich nicht nur auf das Studium zu konzentrieren, sondern sich auch für gesellschaftliche Reformen und Belange einzusetzen und eine Art "geistiger Unruhe" zu entfalten, d.h. sich nicht mit den gegebenen Verhältnissen zufriedenzugeben. Es mag durchaus sein, daß er in diesem Sinne auch Anfang Dezember zu den Studenten gesprochen hat; daraus aber anhand von aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten ableiten zu wollen, er habe damit die Studentenunruhen direkt angezettelt, muß als eine Unterstellung gewertet werden.

Im übrigen war Fang Lizhi nicht der einzige, der in den vergangenen Jahren unorthodoxe Ideen nach Art der oben angeführten Zitate geäußert hat. Daß gerade er zu einem der Exponenten bürgerlicher Liberalisierungsgedanken und damit Hauptzielscheibe im derzeitigen Kampf dagegen wurde, hat verschiedene Gründe.

1. Fang Lizhi ist ein prominenter, international anerkannter Wissenschaftler von internationalem Ruf und vielfältiger Auslandserfahrung. Daher lassen sich seine Ideen leicht als westlich-bürgerlich abstempeln, und sein Fall ist geeignet, für alle

anderen Wissenschaftler und Studenten, die ins Ausland reisen bzw. dort studieren (nicht ohne Argwohn von seiten der Orthodoxen), als warnendes Beispiel zu dienen.

2. Sein Amt als Vizepräsident einer großen Universität gab Fang die Möglichkeit, direkten Einfluß auf junge Studenten auszuüben. Er hatte sozusagen einen hohen Multiplikatoreffekt, der ihm nun, nachdem er sich am Beijinger Observatorium wieder ausschließlich der Forschung widmen soll, genommen ist. Zieht man auf der einen Seite Fangs große Beliebtheit bei den Studenten und auf der anderen Seite die Auffassung der Partei in Betracht, daß gerade die Studenten allzuleicht für westlich-bürgerliche Gedanken empfänglich sind, so erklärt sich, warum die Parteiorthodoxen die Absetzung Fangs und die Einsetzung eines ideologisch zuverlässigen Nachfolgers im Amt des Vizepräsidenten verlangten.

3. Fang Lizhi hat nicht davor zurückgeschreckt, hohe Parteifunktionäre des konservativ-orthodoxen Flügels, wie z.B. Hu Qiaomu und Zhou Gucheng, öffentlich zu kritisieren (Jiushi Niandai, 1987/2, S.52-53).

4. Schließlich spielt auch der Zeitpunkt bei seiner Absetzung eine entscheidende Rolle. Seit Monaten war bereits der verschärfte ideologische Einfluß der orthodox-konservativen Seite gerade im kulturellen Bereich zu spüren. Davon legt insbesondere der ZK-Beschluß über die "Leitprinzipien beim Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation" vom September 1986 Zeugnis ab. Dessenungeachtet verkündete Fang seine unorthodoxen Ideen kompromißlos weiter, während manch andere schon beizeiten größere Konformität an den Tag gelegt haben mögen. Noch im November 1986 hielt Fang an der Shanghaier Jiaotong-Universität einen Vortrag über die Rolle der Intellektuellen in China, in dem er die Intellektuellen dazu aufrief, unabhängig zu denken und ihr Wissen als Macht zu begreifen (Shijie Jingji Daobao, Shanghai, 24.11.86, nach SWB, 16.12.86). Auch Anfang Dezember dürfte er sich in diesem Sinne an seiner Universität in Hefei geäußert haben.

Unterdessen bemüht sich die neue Führung der Wissenschaftlich-Technischen Universität, an der Universität wieder Ruhe und Ordnung eintreten zu lassen und die

politisch-ideologische Kontrolle zu verstärken. Gleich am 13. Januar traf sie mit Studentenvertretern und den Parteisekretären der einzelnen Abteilungen zusammen. Alle versicherten, daß sie den Beschluß über die Versetzung des Präsidenten und Vizepräsidenten unterstützen, die bürgerliche Liberalisierung kritisieren und sich bemühen wollten, die Universität zu einer wirklichen sozialistischen Hochschule zu machen (RMRB, 15.1.87). Die Mehrzahl der Parteimitglieder, Kader, Dozenten und Studenten an der Wissenschaftlich-Technischen Universität hat sich offensichtlich von Fang Lizhi distanziert. Von den übrigen, die nicht klar Stellung bezogen haben, hofft die neue Führung, daß auch sie einsichtig werden. Vorerst jedenfalls sollen keine weiteren personellen Konsequenzen gezogen werden (Leitartikel der Anhuier Zeitung, 13.1.87, abgedr. in RMRB, 14.1.87). -st-

\*(15)

#### Neuer Präsident und Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften

Auf Beschluß des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses vom 22.1.1987 wurden die Posten des Präsidenten und Vizepräsidenten der Chinesischen Akademie der Wissenschaften neu besetzt. Zum neuen Akademiepräsidenten wurde Zhou Guangzhao ernannt, zum neuen Vizepräsidenten Teng Teng. Sie lösen den bisherigen Präsidenten Lu Jiayi bzw. den bisherigen Vizepräsidenten Yan Dongsheng ab (RMRB, XNA, 23.1.87). Offiziell verlautet, daß der Wechsel an der Führungsspitze der Akademie der Wissenschaften allein aus Altersgründen erfolgt ist (vgl. GMRB, 26.1.87), d.h., er soll nicht in Zusammenhang mit dem Anfang Januar 1987 im wissenschaftlichen und kulturellen Bereich inszenierten Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung stehen, wie es beim Führungswechsel an der Wissenschaftlich-Technischen Universität der Fall war. Wie der scheidende Präsident Lu Jiayi gegenüber der Guangming-Zeitung äußerte, sei der Wechsel schon lange im Gespräch gewesen. Er sei jetzt 71 und Yan Dongsheng 68 Jahre alt, Zeit, um nun jüngeren Leuten Platz zu machen (ebd.).

Der Nachfolger Lu Jiaxis, Zhou Guangzhao, ist mit 58 Jahren 13 bis 14 Jahre jünger als Lu. Er ist von Hause aus Atomphysiker, war Direktor des Instituts für theoretische Physik an der Akademie und

seit 1984 einer der Vizepräsidenten der Akademie. Demgegenüber war der neue Vizepräsident Teng Teng (56) bisher nicht an der Akademie tätig. Er bekleidete zuvor die Posten eines Vizepräsidenten der Qinghua-Universität, eines stellvertretenden Vorsitzenden der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik und eines stellvertretenden Vorsitzenden der Propagandaabteilung des ZK. Zehn Tage vor seiner Ernennung zum Vizepräsidenten der Akademie der Wissenschaften war er zum Präsidenten der Wissenschaftlich-Technischen Universität in Hefei bestellt worden.

Bei der Ernennung Teng Tengs zum Vizepräsidenten der Akademie scheinen nicht allein Altersgründe eine Rolle gespielt zu haben. Die Tatsache, daß er aus der Propagandaabteilung des ZK kommt und zudem gerade erst zum Präsidenten der Wissenschaftlich-Technischen Universität bestellt wurde mit dem Auftrag, an dieser angeblichen "Hochburg" bürgerlicher Liberalisierung wieder Ordnung zu schaffen und für eine straffe ideologische Ausrichtung zu sorgen, läßt vermuten, daß Teng zur Gruppe der Orthodoxen in der KPCh gehört.

Demgegenüber könnte Zhou Guangzhao durchaus den Wissenschaftlertyp repräsentieren, damit das Image der wissenschaftlichen Leitung der Akademie nicht zerstört wird. Beim Amtsantritt Lu Jiaxis im Jahre 1981 war gerade dieser Aspekt als Errungenschaft hervorgehoben worden (vgl. C.a. 81/5, Ü 21). Der Name Lu Jiaxis stand für Sachkompetenz und ein gewisses Maß an Autonomie für die Akademie der Wissenschaften. Der Zeitpunkt, zu dem der Wechsel an der Spitze der Akademie vollzogen wurde, sowie die Einsetzung Teng Tengs in das Amt des Vizepräsidenten lassen vermuten, daß fortan der politisch-ideologische Einfluß an der Akademie wieder zunehmen wird. Die Akademie der Sozialwissenschaften hatte mit Hu Sheng bereits im September 1985 einen Präsidenten aus dem orthodoxen Lager erhalten. -st-

\*(16)

#### Ferienarbeit für Studenten und Schüler

Wie in den vergangenen Jahren organisieren die Studenten- und Jugendverbände in Zusammenarbeit mit den Hochschulen, Erziehungs-

behörden und anderen Institutionen auch in diesem Jahr Ferienarbeit für Studenten und Mittelschüler. Allerdings scheint es, daß dem zu Jahresbeginn erfolgten Aufruf, die Studenten mögen in den bevorstehenden Winterferien aufs Land und in die Betriebe zu gehen, um dort die gesellschaftlichen Verhältnisse zu studieren und selber praktisch zu arbeiten, in den Medien größere Aufmerksamkeit als sonst üblich geschenkt wird. Dies hängt mit den jüngsten Studentenunruhen zusammen und soll offensichtlich dokumentieren, daß die Studenten organisatorisch unter Kontrolle stehen.

Bisher ist jedoch nicht festzustellen, daß das Heranziehen zu praktischer Arbeit einem verstärkten ideologischen Druck auf die Studenten dienen soll - etwa in dem Sinne, daß die Studenten von den Arbeitern und Bauern lernen sollen, wie es in der Kulturrevolution gefordert wurde. Vielmehr hat die im Rahmen der diesjährigen Winterferien organisierte Studenten- und Schülerarbeit hauptsächlich den Charakter von Praktika. Ziel dieser Praktika ist es, auf der einen Seite die Studenten mit der beruflichen Praxis und der Arbeitswelt auf dem Lande, in Produktionsbetrieben und im Dienstleistungssektor bekannt zu machen und auf der anderen Seite bei den Studenten vorhandene Kenntnisse dort zu vermitteln, wo Bedarf an Spezialwissen besteht.

Letzteres Ziel wird insbesondere in unterentwickelten Gebieten verfolgt. So schickt die Landwirtschaftliche Hochschule Hebei in diesen Winterferien 3.000 Studenten ins Taihang-Gebirge, um den dortigen Bauern neue technische Kenntnisse zwecks Produktionssteigerung zu vermitteln. Daneben sollen die Studenten auch die sozialen Verhältnisse kennenlernen und ideologisch gefestigt werden (RMRB, 5.1.87). Ähnlich verhält es sich in der Inneren Mongolei, wo die Landwirtschaftliche Hochschule ihre Studenten ebenfalls aufs Land zu den Bauern und Viehzüchtern schickt, damit sie ihnen zu besseren Erträgen verhelfen (RMRB, 21.1.87). In Hangzhou haben zwanzig Fabrikdirektoren die Hochschulstudenten der Provinz Zhejiang eingeladen, in den Winterferien in ihre Betriebe zu kommen und dort die Verhältnisse zu studieren, um sich so auf ihre künftige berufliche Tätigkeit vorzubereiten (GMRB, 12.1.87 und RMRB, 17.1.87).

In Beijing sind die Aktivitäten der Studenten in den Winterferien vielfältiger Art. Sie reichen von organisierten Arbeitseinsätzen in städtischen und ländlichen Betrieben, wo die Studenten ihre Dienste anbieten, d.h. mitarbeiten sollen, bis hin zur Erteilung von Unterricht durch die Studenten, die je nach fachlicher Ausrichtung der Bevölkerung behilflich sein und ihr Anleitung geben sollen, etwa beim Hausbau, Kochen, Schneidern usw. Medizinstudenten leisten medizinische Hilfe, und andere Studenten wiederum helfen beim Organisieren kultureller Aktivitäten zum Frühlingsfest. Auf dem Beijinger Bahnhof sind 2.000 Studenten eingesetzt, die ihre Dienstleistungen anbieten (GMRB, 14.1.87; XNA, 15. und 17.1.87). Von etlichen anderen Universitäten und Hochschulen werden ähnliche Aktivitäten gemeldet.

Doch nicht nur Studenten sollen Praktika machen. Die Staatliche Erziehungskommission hat die Erziehungsbehörden aller Ebenen aufgerufen, auch für die Mittelschüler Praktika zu organisieren. Wie bei den Studenten ist bei ihnen ebenfalls das Kennenlernen der sozialen Verhältnisse in der Arbeitswelt das wichtigste Ziel (RMRB, 8.1.87). Dahinter steht die Absicht, die Schüler beizeiten die Bedeutung der Praxis ermessen zu lassen, gerade weil in China wie eh und je das Buchwissen allgemein zu sehr im Vordergrund steht. Aus Beijing wurde gemeldet, daß 100.000 Mittelschüler ein bis drei Tage in Geschäften und anderen Dienstleistungszentren helfen sollen (XNA, 19.1.87).

Die Guangming-Zeitung hat die Studenten aufgerufen, Erfahrungsberichte über ihre Ferienaktivitäten einzusenden. Ausgewählte Berichte sollen nach den Ferien veröffentlicht und die besten prämiert werden (GMRB, 10.1.87). -st-

\* (17)

#### Regeln über Gebrauch arabischer Ziffern

Die Staatliche Kommission für Sprach- und Schriftarbeit hat in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Publikationsbüro und anderen relevanten Behörden "Versuchsweise durchzuführende Regeln über den Gebrauch von Ziffern in Publikationen" herausgegeben. Zweck der Regeln ist es, für Druckerzeugnisse aller Art bei Zahlen- und Maßangaben die Verwendung chinesischer Zeichen und

arabischer Ziffern zu standardisieren. Danach gilt als Grundregel, immer, wenn arabische Ziffern verwendet werden können, diese auch zu benutzen, d.h. die arabischen Ziffern gelten als die angemessene Form, Zahlen zu schreiben. Unter besonderen Umständen, so heißt es, kann der Gebrauch chinesischer oder arabischer Ziffern flexibel gehandhabt werden, aber auch hier soll eine Standardisierung angestrebt werden. Bei Neudrucken von alten Texten oder bei literarischen Werken z.B. kann noch die traditionelle chinesische Schreibweise verwendet werden. Die neuen Regeln legen die wichtigsten Fälle fest, in denen arabische Ziffern bzw. chinesische Zeichen benutzt werden sollen (GMRB, 31.12.86).

Bisher gab es in China keine einheitlichen Vorschriften für die Schreibweise von Zahlen, so daß in der Praxis ein großes Durcheinander herrschte, wenn auch die Tendenz immer mehr dahin ging, arabische Ziffern zu verwenden. Nicht zuletzt ist die generelle Verwendung arabischer Ziffern im Hinblick auf die zunehmende Verbreitung von Computern erforderlich. -st-

\* (18)

#### Neues Medien- und Publikationsbüro

Der Staatsrat hat kürzlich ein neues "Medien- und Publikationsbüro der Volksrepublik China" (Zhonghua Renmin Gongheguo Xinwen Chuban Shu) geschaffen, um die Kontrolle über das Zeitungs- und Verlagswesen zu stärken. Gleichzeitig wurde das bisherige Staatliche Publikationsamt (Guojia Chuban Ju) abgeschafft, während das Staatliche Copyrightamt (Guojia Banquan Ju) beibehalten wird. Das neue Medien- und Publikationsbüro ist eine dem Staatsrat unterstellte Organisation, die für die Verwaltung und Aufsicht über das Zeitungs- und Publikationswesen des ganzen Landes zuständig ist. Zu seinen Aufgaben gehören die Konzipierung der einschlägigen Gesetze und Regelungen im Zeitungs- und Verlagswesen und die organisatorische Durchführung nach Verkündung dieser Gesetze; die Formulierung der Richtlinien und Politik im Zeitungs- und Verlagswesen; die Überprüfung der Zeitungen; die Ausarbeitung von Planungsentwürfen und deren organisatorische Durchführung im Zeitungs- und Verlagswe-

sen; die Genehmigung neuer Zeitungs- und Buchverlage, neuer Zeitungen und Zeitschriften; die Regelung des Buch-, Zeitungs- und Zeitschriftenmarktes in Zusammenarbeit mit den zuständigen Organen und das Aussprechen von Verboten gegenüber illegalen Publikationsaktivitäten; die Verwaltung des Drucks von Büchern und Zeitungen und der Materialbelieferung; die Regelung des Vertriebs; schließlich ist es zuständig für den Austausch, Außenhandel und die Zusammenarbeit mit dem Ausland im Zeitungs- und Publikationswesen.

Alle Provinzregierungen wurden aufgefordert, die Kontrolle über das Zeitungs- und Publikationswesen zu verstärken. Über die Errichtung entsprechender Organe einschließlich Stellenplan können die Provinzen selbst entscheiden (GMRB, RMRB, 22.1.87).

Das neu eingerichtete Büro ist das zentrale Organ für die Kontrolle im Medien- und Verlagswesen und hat als solches mehr Kompetenzen als das bisherige Staatliche Publikationsamt. Seine Gründung steht zweifellos in Zusammenhang mit der verschärften ideologischen Kontrolle im Rahmen des Kampfes gegen die bürgerliche Liberalisierung. -st-

**\* (19) Shanghai Vergnügungszentrum "Große Welt" neu eröffnet**  
Das berühmte Shanghai Vergnügungszentrum "Große Welt" ist am 25. Januar 1987 unter seinem alten Namen wiedereröffnet worden. Die "Große Welt" war 1917 gegründet worden, hat also eine Geschichte von nunmehr siebzig Jahren. Im Verlauf der Kulturrevolution wurde das Zentrum 1974 umbenannt in "Shanghai Jugendpalast". Nach seiner Wiederherstellung hat die "Große Welt" einen Teil ihrer früheren Besonderheiten zurückerhalten; u.a. gibt es heute die "Welt des Vergnügens", die "Welt der Ausstellungen", die "Welt des Sports" und die "Welt der guten Küche" (RMRB, 4.1.87).

Die "Große Welt" (Da Shijie) in Shanghai war insbesondere in den zwanziger und dreißiger Jahren ein weltberühmtes Vergnügungszentrum, das mit seinen bunten Attraktionen ein internationales Publikum anzog. Nach 1949 hat sich das Antlitz der "Großen Welt" radikal verändert, die Namensänderung

in der Kulturrevolution war nur ein letzter formaler Schritt. Wenn heute die "Große Welt" wiederbelebt wird, so geschieht dies ausschließlich unter dem Aspekt eines attraktiven Freizeitangebots für die breite Bevölkerung. Der alte Name dürfte im wesentlichen das einzige sein, was an die vergangenen Zeiten erinnert. -st-

## Aussenwirtschaft

**\* (20) Außenhandelsdefizit 1986 gesunken**  
Chinas Außenhandelsdefizit wurde im Jahre 1986 auf 5,75 Mrd. US\$ reduziert, das seien 2,66 Mrd. US\$ oder 31,6% weniger als im Jahre 1985. Dies teilte Zhou Keren, ein Sprecher des Ministeriums für Außenwirtschaft und Außenhandel, mit.

Zu beachten ist hier, daß die verschiedenen Stellen jeweils unterschiedliche Außenhandelszahlen nennen. Dem Außenhandelsdefizit für 1985 in Höhe von 7,61 Mrd. US\$, das das Ministerium für Außenwirtschaft nannte, stand ein Defizit in Höhe von 13,7 Mrd. US\$, gemeldet von der Zollverwaltung, bzw. 14,9 Mrd. US\$, gemeldet vom Zentralen Statistikamt, gegenüber.

Wie das Ministerium für Außenwirtschaft weiter mitteilte, seien die Exporte des Landes im Jahre 1986 höher als 27 Mrd. US\$ gewesen, ein Anstieg von 4,2% gegenüber dem Vorjahr. Die Importe fielen auf 32,756 Mrd. US\$, eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr von 4,6%.

Unter den Hauptexportgütern des Landes waren leichtindustrielle Güter, Textilien, Getreideprodukte, Öl und andere Nahrungsmittel, sog. einheimische Produkte, tierische Nebenprodukte und Artikel des Kunsthandwerks wie auch Maschinen und elektronische Güter. Die Einnahmen aus den Ölexporten nahmen 1986 um 55,6% gegenüber dem Vorjahr ab; dies war auf die gesunkenen Ölpreise auf dem Weltmarkt zurückzuführen.

1986 betrug Chinas Exporte nach Hongkong, Macau, Japan und den Vereinigten Staaten insgesamt 14,59 Mrd. US\$. Die Exporte nach Hongkong und Macau beliefen sich auf 7,75 Mrd. US\$, das war ein Anstieg von 29,9% gegenüber 1985. Die Exporte nach Japan und den Vereinigten Staaten stiegen um 9 bzw. 25,7%, Ölexporten nicht eingeschlossen. (AWSJ, 19.1.87; XNA, 17.1.87) -lou-

**\* (21) VR tritt internationalem Schiedsgerichtsabkommen bei**  
Auf seiner 18. Sitzung am 2.12.1986 ratifizierte der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses das internationale Übereinkommen vom 10.6.1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche. Dabei wurde der Vorbehalt nach Art. I, Abs. 3 abgegeben, wonach die Volksrepublik die Konvention nur dann anwenden werde, wenn es sich um Schiedssprüche handelt, die auf dem Territorium eines Vertragsstaates gefällt wurden, und auch nur in solchen Streitigkeiten, die - nach chinesischem Recht - als Handelssachen (vertraglicher oder nichtvertraglicher Art) angesehen werden.

Der stellvertretende Außenminister Zhu Qizhen erklärte, ausländische Geschäftsleute und Firmen sollten veranlaßt werden, in China zu investieren und mit dem Land Handel zu betreiben. Nach seinen Angaben sind z.Z. etwa 90 Verfahren bei den beiden chinesischen Schiedsorganen, der Foreign Economic and Trade Arbitration Commission und der Maritime Arbitration Commission des China Council for the Promotion of International Trade, anhängig.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik China haben in Art. 6 des zwischen ihnen geschlossenen Abkommens vom 24.10.1979 über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, dessen Gültigkeitsdauer bis zum 31.12.1995 verlängert wurde, bereits allgemeine Regeln für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Unternehmen, Organisationen und Institutionen beider Länder in schiedsgerichtlichen Verfahren vorgesehen. Sie haben sich verpflichtet, entsprechende Schiedssprüche anzuerkennen und zu vollstrecken.

Insofern ist der Beitritt zum internationalen Übereinkommen nur von begrenzter Bedeutung für die deutsch-chinesischen Beziehungen. Andererseits zeigt dieser Schritt das weitere Bemühen des Volksrepublik, als verlässlicher Partner, der auch im Streitfall ergangene und für ihn ungünstige Entscheidungen akzeptieren wird, zu gelten. (NfA, 21.1.87) -lou-

**\* (22) Wichtige chinesisch-ausländische Geschäftsabschlüsse**  
Die Klöckner-CRA-Technologie-Gruppe hat einen ersten Lizenzvertrag mit einem chinesischen Stahl-